

**Begegnungszentrum für
aktive Gewaltlosigkeit**
Wolgangerstr. 26
4820 Bad Ischl
Österreich - Austria - Autriche

DVR: 0717169

Tel. +43-6132-24590
E-mail: info@begegnungszentrum.at
www.begegnungszentrum.at
ZVR-Zahl: 716580903

Bankverbindung:
IBAN: AT92 2031 4006 0097 0305
BIC: SKBIAT21XXX



Jährlicher Mitgliedsbeitrag inkl. Rundbrief: (ab 6.3.2021)
für ordentliche Mitglieder:

€ 48,- Erwerbstätige, Lebensgemeinschaften und Familien

€ 21,- Erwerbslose

für außerordentliche Mitglieder: mindestens € 100,-

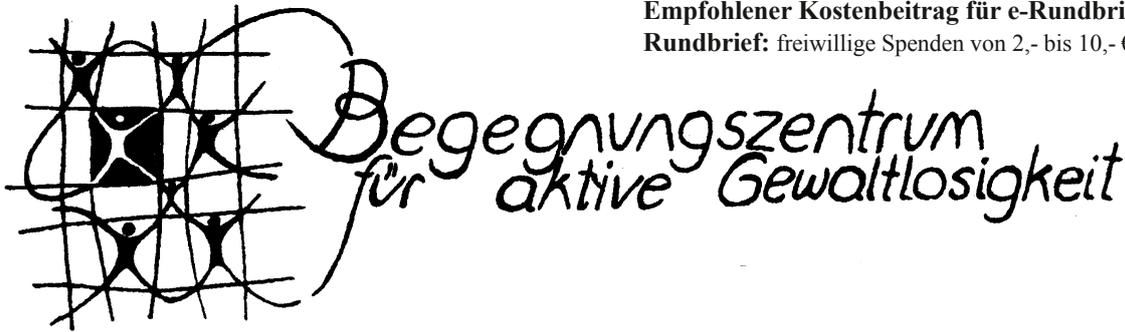
für unterstützende Mitglieder: in freiwilliger Höhe

Beitrittsgebühr:

Einmaliger Beitrag in gleicher Höhe wie der jährlicher Mitgliedsbeitrag. (Siehe oben - gilt als 1. Mitgliedsbeitrag)

Empfohlener Kostenbeitrag für e-Rundbrief-Infos und

Rundbrief: freiwillige Spenden von 2,- bis 10,- € monatlich



November 2022

Liebe Freundinnen und liebe Freunde,
das Jahr 2022 geht bald dem Ende zu.

Der 80. Geburtstag von Matthias brachte nicht nur Erfreuliches. Wir merken, dass seine Kräfte und kognitiver Fähigkeiten zurückgehen und er öfters nachfragen muss wann wir unseren Rundbrief machen sollen. Daher werden wir diesen nicht so umfangreich machen.

Wie ihr auf Seite 2 sehen könnt sollten wir am 11. März 2023 unsere nächste Generalversammlung machen. Bis dahin hoffen wir dass sich einige jüngere oder auch ätere Leute bei unseren Aufgaben unterstützen können. Meldet euch wenn ihr dabei sein wollt.

Wer möchte dass der Verein weiter bestehen bleibt kann dafür jetzt Weichen stellen. Es können neue Schwerpunkte gesetzt werden und einige alte eventuell beiseite gelegt. Wir suchen auch Orte für die vielen Bücher die wir im Laufe der Jahre angesammelt haben. Wir könnten mit Vereinen, Bibliotheken und Organisationen kooperieren die ähnliche Ziele haben wie wir. Meldet euch wenn ihr daran interessiert seid oder Organisationen kennt.

Unsere Arbeit lebt durch eure Hilfe! In diesem Rundbrief berichtet Markus Blümel über die erste österreichische social economy konferenz in Graz. In unserer Dezember-Radiosendung bringen wir noch ein Interview mit ihm dazu.

177. Rundbrief (4/2022) 46. Jhg.

Wir freuen uns, dass wir heuer für unsere Radiosendungen schon einige gute Gesprächspartner gefunden haben u.a. Michael Benaglio, Robert Reischer, Markus Blümel, Lorenz Glatz Sen., Lieselotte Stiegler, Dr. Alfred Kirchmayr. Hinweise wo ihr unsere Sendungen als Podcast anhören könnt findet ihr auf Seite 10.

Meldet euch wenn auch ihr ein Thema für unsere Radiosendung habt und mit uns darüber sprechen wollt.

In diesen Rundbrief bringen wir einige der Themen die wir schon in unseren Radiosendungen bzw in unseren E-Rundbrief Infos behandelt haben (Seite 10).

Da die meisten von euch inzwischen den PDF-Rundbrief von der Homepage runterladen und wir ohne Copy-Printer nur mehr wenige Rundbriefe mit einem Laserjet drucken und postalisch versenden können, fehlen uns die regelmäßigen Rundbrief-Spenden. Wir möchten euch daran erinnern dass es gut wäre wenn ihr eure Mitgliedsbeiträge bzw. Spenden trotzdem für unsere Arbeit rechtzeitig überweisen könntet. Um das Vereinskonto nicht zu überziehen tragen wir derzeit viele der laufende Büro- und Betriebskosten, vorallem Reparaturen und Neuanschaffung von Geräte, selber. Wir danken allen die für heuer schon Beiträge überwiesen haben.

Ich wünsche euch noch schöne Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Friede, Kraft und Freude

Maria Reichl

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Momentane Geistesblitze, die schnell wieder verschwinden - - wie kann ich sie in meine Einleitung kopieren - dass die vielen Appelle möglichst viele unserer Ideen zusammenfassen, kopieren und als Grundlage für unsere Vereinsziele. um aus dem Grübeln herauszündende Ideen zu formen, die wir auch verwirklichen können.

Die Erde brennt

Der Protest erinnert an jenen vor 12 Jahren. Unter dem Motto „Uni brennt“ wurden an vielen österreichischen Universitäten Hörsäle besetzt, um gegen die geplanten Beschränkungen des Hochschulzuganges zu demonstrieren.

Zufällig war ich im Oktober 2009 in Wien, als Studierende den großen Hörsaal der Wiener Universität und andere Räume besetzten und ihre Forderungen unter dem Titel „Uni brennt“ demonstrativ öffentlich machten. Ich berichtete für die Sendung „Widerhall“ im Freien Radio Salzkammergut. Eigentlich bin ich zu einem weltweiten Treffen von Gruppen gekommen, die mit ihren Methoden des „Theater der Unterdrückten“ und „Forumtheater“ gegen die vielen widerständigen Situationen in ihrer Lebenswelt erschütternd begreifbar machten - darunter eine Gruppe aus Teheran. Ich beteiligte mich bei einem Team aus Malaysia. Tragisch war, dass wenige Monate vorher der Initiator Augusto Boal, ein alter Freund von uns, gestorben war. Wie damals werde ich mich auch in Salzburg engagieren und berichten. Zur Zeit sind drei Hörsäle besetzt. Der Rektor der Uni unterstützt die Anliegen der AktivistInnen.

„Erde brennt“ ist Teil der weltweiten Klimagerechtigkeitsbewegung „End Fossil“, die im Herbst dieses Jahres hunderte Schulen und Unis auf der ganzen Welt besetzen will. Sie fordert, die fossile Industrie weltweit zu stoppen. Ziel der Jugendorganisation ist es, das öffentliche Leben so lange zu stören, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Klimakrise, Krieg und Teuerungen – währenddessen geht der Unialltag normal weiter. Doch wie können wir ruhig in der Uni sitzen und uns Vorlesungen anhören und Seminare besuchen, während draußen die Welt in Flammen steht?

Von Aktivist*innen von Erde Brennt Salzburg

Wir sind eine Gruppe von Aktivist*innen, die sich gemeinsam mit anderen österreichischen Gruppen unter dem Namen „Erde brennt“ der internationalen Bewegung „End fossil occupy“ angeschlossen haben. „End fossil“ ist eine Klimagerechtigkeitsbewegung, die den Kampf für den Ausstieg aus fossilen Energien an Schulen und Hochschulen bringt. Denn uns brennen Themen unter den Nägeln, die so dringlich sind, dass sie nicht mehr länger vor den Hörsaalüren zurückbleiben können.

Wir alle haben es in den letzten Monaten miterlebt: Die Klimakrise ist längst da. Sie kostet Leben, vertreibt Menschen, zerstört Existenzen, auch bei uns. Und sie wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Eigent-

lich ist uns bewusst, dass wir in eine Klimakatastrophe rasen, deren beängstigende Ausmaße nach jedem weiteren „Jahrhundertereignis“ und Temperaturrekord langsam zu erahnen sind. Trotzdem weigern sich die Entscheidungsträger*innen, die notwendigen Veränderungen umzusetzen. Unsere Abhängigkeit von fossilen Energien bedeutet auch die Abhängigkeit von autokratischen Regimen. Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine wird maßgeblich durch Einkünfte aus Gasexporten finanziert. Das bedeutet, solange wir russisches Gas importieren, sind wir an diesem furchtbaren und sinnlosen Krieg beteiligt, der unzählige Menschenleben fordert und Tausende vertrieben hat. Daher müssen wir bei unserer Energieproduktion endlich nachhaltig und damit unabhängiger werden.

Ein sehr viel direkteres Problem, das momentan große Teile der Bevölkerung trifft, sind die massiven Teuerungen. Menschen können sich ihr Leben nicht mehr leisten. Seit dem Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine sind die Gas- und damit auch die Energiepreise stark angestiegen. Dieser Anstieg hat sich jetzt auch auf andere Bereiche übertragen und führt dazu, dass vor allem bereits finanziell benachteiligte Menschen um ihre Existenz bangen müssen. Währenddessen machen Energie- und Ölkonzerne Rekordgewinne.

Den ganzen Text findet ihr unter

<https://unipress.oeh-salzburg.at/erde-brennt-uni-pennt/>

Ich schließe mich den Wünschen von der Maria an

Euer Matthias Reichl

Vorankündigung

11. März 2023 ab 10:30

Generalversammlung des Vereins Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit

**im Begegnungszentrum für aktive
Gewaltlosigkeit**

Wolfgangstr. 26, 4820 Bad Ischl

Bitte merkt euch den Termin vor und teilt uns spätestens bis Anfang Februar 2023 mit, welche eurer Themen-Schwerpunkte ihr auch in unserem Verein einbringen wollt. Diese können wir dann bei der Einladung zur Generalversammlung berücksichtigen.

Teilt uns auch persönlich, mündlich, telefonisch (06132-24590) schriftlich oder per email an maria@begegnungszentrum mit, wenn ihr im Vorstand mitarbeiten könnt. (Siehe dazu auch Seite 1 Einleitung Maria.)

Wir danken im Voraus für eure Mitarbeit.

Für den Vorstand

Maria und Matthias Reichl und Gerhard Winkler

Right Livelihood Award 2022

Preisträger*innen zeigen Wege für notwendige gesellschaftliche Transformationen

Die diesjährigen Preisträger*innen kommen aus Somalia, der Ukraine, Venezuela und Uganda und machen durch ihre Arbeit deutlich, dass in Zeiten dysfunktionaler und zerfallender politischer Ordnungen ein Systemwandel möglich und nötig ist. Auf Krisen infolge autoritären Regierungshandelns, Kriegen, profitorientierten Wirtschaftssystemen und politischer Untätigkeit angesichts der Klimakatastrophe antworten sie mit neuen Modellen gesellschaftlichen Miteinanders, die den jeweiligen Status quo herausfordern und in Frage stellen.

Die Preisträger*innen des Jahres 2022 sind:

Fartuun Adan und Iwad Elman “für die Förderung von Frieden, Entmilitarisierung und Menschenrechten in Somalia angesichts von Terrorismus und geschlechtsspezifischer Gewalt”.

Oleksandra Matwijtschuk und das Center for Civil Liberties (CCL) “für den Aufbau nachhaltiger demokratischer Institutionen in der Ukraine und die Gestaltung eines Weges zur internationalen Strafverfolgung von Kriegsverbrechen”.

Das Kollektiv Cecosesola aus Venezuela “für die Entwicklung eines gerechten und kooperativen Wirtschaftsmodells als robuste Alternative zu profitorientierten Volkswirtschaften”.

Das Africa Institute for Energy Governance (AFIEGO) “Für die Entwicklung einer gerechten und leistungsfähigen Gemeinschaftsökonomie als Alternative zum profitorientierten Wirtschaftsmodell.”

Die Kurzbiografien der Preisträger*innen von 2022 finden sie in der Website <https://rightlivelihood.org/de/>

“Die Preisträger*innen des Right Livelihood Awards 2022 stärken und fördern basisorientierte Gemeinschaften. Angesichts des Versagens von Regierungen und des Zusammenbruchs bestehender Ordnungen – in Form von Kriegen, Terrorismus, Ausbeutung, massiver Vertreibung und Wirtschaftskrisen – schaffen sie neue, auf den Menschen ausgerichtete Systeme. Ihre Erfolge zeigen, wie wir Gesellschaften auf Grundsätzen von Gerechtigkeit statt Ausbeutung aufbauen können”, sagte Ole von Uexkull, Executive Director von Right Livelihood.

Mit Matwijtschuk und CCL werden erstmals Akteur*innen aus der Ukraine mit dem Right Livelihood Award ausgezeichnet.

Der 1980 gegründete Right Livelihood Award ehrt und unterstützt couragierte Menschen, die sich den drängendsten Herausforderungen unserer Zeit stellen. Die Auszeichnung ist mit einer langfristigen Unterstützung verbunden, um die Arbeit der Preisträger*innen international bekannt zu machen und dauerhaft zu stärken.

Im Jahr 2022 wurden 175 Nominierende aus 77 Ländern

berücksichtigt. Zu den bisherigen Preisträgern gehören Edward Snowden (Vereinigte Staaten von Amerika), Dr. Denis Mukwege (Demokratische Republik Kongo) und Greta Thunberg (Schweden).

Die Preisträger*innen des Jahres 2022 werden am Mittwoch, dem 30. November, im Rahmen einer live übertragenen Veranstaltung in Stockholm geehrt.

Quelle: <https://rightlivelihood.org/de/news/right-livelihood-award-2022-preistraegerinnen-zeigen-wege-fuer-notwendige-gesellschaftliche-transformationen/>

Siehe auch E-Rundbrief Info 2197 Alternative Nobelpreisträger 2022

November 2022 Jakob Rammer

Globale Ungleichheit im Kontext multipler Krisen: Covid19, Krieg und Gewaltverhältnisse.

Der erste Tag der achten **Österreichischen Entwicklungstagung** stand ganz im Zeichen der Idee, ein gemeinsames Verständnis für die Brennpunkte globaler Ungleichheiten zu schaffen. Nach Eröffnung, Begrüßung und einem schwungvollen Warm-Up begann direkt die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem zentralen Thema der Tagung. Dazu diskutierten im Eröffnungspolylog drei Sprecherinnen aus Ländern des globalen Südens¹. Moderiert von **Karin Fischer** sprachen sie über verschiedene Dimensionen sich überschneidender Ungleichheiten im Kontext multipler Krisen. Im Zentrum standen dabei Ressourcennutzung in Uganda, der Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie die Situation von Arbeitsmigrantinnen in Indien.

Konfliktreiche Ressourcen in Uganda.

Den Anfang machte **Nelly Busingye** von Resource Rights Africa, einer zivilgesellschaftlichen Organisation mit Sitz in Kampala, Uganda. Sie sprach über Konflikte und Ungleichheiten aufgrund von Ressourcenextraktion. Der Rohstoffreichtum Afrikas wurde bereits intensiv durch die Kolonialmächte ausgebeutet, und auch jetzt fließt ein großer Teil der Profite in den globalen Norden. Eine wesentliche Konsequenz dieser Ausbeutung sind die enormen sozialen und ökologischen Folgen. Für Afrika hat sich der Rohstoffreichtum also mehr als Fluch denn als Segen erwiesen. Die Klimakrise werde diese Probleme vor allem in Bezug auf Nachhaltigkeit und Profitabschöpfung weiter verschärfen, so Busingye. Sie stellt in ihrer Arbeit die Zivilbevölkerung in den Fokus. Die große Aufgabe sieht sie darin, die Profite aus der Rohstoffförderung gerecht zu verteilen. Es könne nicht sein, dass über eine Billion US-Dollar jährlich in Form von Finanzflüssen, extrahierten Ressourcen, Schuldentrückzahlungen und abgeschöpften Gewinnen aus Afrika fließt. Im Rahmen ihrer NGO-Tätigkeit setzt sich Busingye vehement für eine Offenlegung von Finanzflüssen sowie für ein ge-

rechtes Steuersystem ein. Denn Regierungen in Afrika würden das Ausbeutungsverhältnis leider allzu oft tolerieren – insbesondere in Uganda, hebt Busingye hervor. Wenn zivilgesellschaftliche Organisationen Rechenschaft und eine Übernahme von Verantwortung einfordern, würden sie von den Behörden unterminiert. So wurde im Februar 2021 ein von elf EU-Staaten (darunter auch Österreich) finanzierter Fonds suspendiert. Der Fonds bot finanzielle Unterstützung für ugandische NGOs im Bereich Menschenrechte und Demokratie. Der Fall sei symbolisch für den Machthunger der Regierung und zeige deutlich: die Probleme überschneiden sich. Ob Repression, Korruption, oder Ausbeutung, wir können diese Herausforderungen nicht einzeln angehen.

Covid-19 und die Prekarisierung von Arbeitsmigrantinnen in Indien.

Auch im darauffolgenden Beitrag von **Paula Banerjee**, Professorin an der Universität Kalkutta, stand der intersektionelle Charakter der großen Fragen unserer Zeit im Fokus. Banerjee forscht in ihrer Tätigkeit seit Jahren intensiv zur Situation von Migrant*innen. Diese würden die Auswirkungen von Ungleichheiten in sehr hohem Maße zu spüren bekommen. Noch stärker seien hier wiederum Frauen betroffen, insbesondere Arbeitsmigrantinnen. In Indien seien viele inländische Arbeitsmigrantinnen informell in der Hausarbeit tätig, dabei sei Ausbeutung vorprogrammiert. Die ohnehin prekäre Situation habe sich im Zuge der Covid-19-Pandemie nochmals massiv verschlechtert. Denn als der erste Lockdown verhängt wurde, seien viele der Arbeitsmigrantinnen einfach vor die Tür gesetzt worden. Sie hätten weder Zugang zu Geld oder Gesundheitsversorgung, noch zu Transportmitteln gehabt. „Was machen diese Menschen dann?“, fragte Banerjee. Nach Hause zurückzukehren sei nahezu unmöglich gewesen, da der öffentliche Verkehr eingestellt war. Viele hätten hunderte Kilometer zu Fuß zurückgelegt. Eindrucksvoll und ernüchternd erzählte Banerjee von Babies und jungen Mädchen, die im Zuge der Strapazen ums Leben gekommen sind. Für jene, die es zurück in die Heimat geschafft haben, sei das Einhalten von Hygiene- und Abstandsmaßnahmen schwierig bis unmöglich gewesen. Ein massiver Mangel an Trinkwasser habe die Situation zusätzlich verschärft. In diesem Lichte wagte Banerjee einen Ausblick in die Zukunft: Auch die Klimakrise werde Menschen in ärmeren Regionen und insbesondere die dortigen Frauen verstärkt treffen.

Krieg und Feminismus in der Ukraine.

Zur prekären Lage von Frauen in Krisensituationen sprach auch **Ella Lamakh** vom Democracy Development Center in Kiew. Durch ihre Tätigkeit in der Ukraine lieferte sie Eindrücke aus erster Hand. Mit Beginn des russischen Angriffskrieges habe sich die Rolle von Frauen schlagartig geändert, schilderte sie. Viele Frauen mussten samt Familie, aber ohne Männer fliehen, um sich und ihre Familie in Sicherheit zu bringen. Diejenigen, die blieben (oder bleiben mussten), hätten alles getan, um Familie, Soldat*innen und Bevölkerung zu unterstützen. Die von ihr geleitete Organisation, eine feministische NGO, habe sich komplett umstellen müssen. Plötzlich hätten sie Menschen in Luftschutzbunkern

geholfen, Bedürftige mit Essen versorgt und Hygieneartikel gegen Covid-19 verteilt. Der Krieg habe klar zu einem Rückschlag für den Feminismus und einer Rückkehr alter Geschlechterrollen geführt, so Lamakh. Geschlechtsbezogene Ungleichheiten seien weiter verstärkt worden. Dennoch betonte Lamakh, dass die Verteidigung der Ukraine derzeit an erster Stelle stehen müsse. In der jetzigen Situation sei es zentral, ihre Aufgabe als feministische Organisation durch die Unterstützung der Zivilgesellschaft wahrzunehmen. Dennoch könne nicht immer gesagt werden: „Wir können jetzt nicht über Feminismus sprechen, denn es herrscht Krieg“. Lamakh betonte, dass Organisationen wie die ihre wichtige Arbeit leisteten. Dies sollten Bevölkerung und Regierung anerkennen. Für die Zukunft wünschte sie sich eine stärkere Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen sowie in der Entscheidungsfindung generell.

Ungleichheiten überlagern sich: interregional und intersektionell.

Im Anschluss diskutierte die Runde, wie sich die besprochenen Ungleichheiten überschneiden. Trotz der Unterschiede fanden sich in den analysierten Krisen gemeinsame Nenner. Die Speaker*innen waren sich einig, dass die Covid-19 Pandemie in allen Fällen Ungleichheit massiv verstärkte. Nelly Busingye betonte die besonders prekäre Situation von Frauen, welche sich auch in Uganda in Konflikten um Landrechte und Rohstoffe stark abbilde. Für Paula Banerjee war wiederum die Umwelt das zentrale Element der Überschneidung. Sie verband die Klimakrise mit Ella Lamakhs Erzählungen aus der Ukraine. Auch zu Klimaaktivist*innen würde immer wieder gesagt: „der Kampf gegen den Klimawandel ist schon wichtig, aber nicht jetzt!“. Mit dem Hinweis, dass Frauen von der Klimakrise verstärkt betroffen sein werden, schloss sich letztendlich der Kreis.

Zum Ende wurde noch Zeit für Fragen aus dem Publikum eingeräumt. Auf die Frage, wie sich die EU einbringen sollte, forderte Nelly Busingye ein Agieren auf Augenhöhe und mit Respekt. Es brauche Klimagerechtigkeit, keinen Klimakolonialismus. Afrika sollte von den notwendigen Veränderungen im Sinne „grüner“ Entwicklung profitieren, nicht der Globale Norden, der im Moment die Profite abschöpfe. Paula Banerjee meldete sich ebenso energisch zu Wort: „Was wir von Europa, von Männern wollen? Wir wollen Respekt, Gerechtigkeit und Würde!“

Der Autor Jakob Rammer ist Praktikant im Paulo Freire Zentrum. Reaktionen bitte an redaktion@pfz.at.

Weiterführende Informationen:

¹Die Begriffe Globaler Norden und Globaler Süden werden hier als Sammelbezeichnungen für eine sehr diverse Gruppe von Staaten, Kulturen und Gesellschaften verwendet. Die Begriffe können vereinfachend und verallgemeinernd wirken, da sie ein binäres Weltverständnis reproduzieren. Sie werden hier mit Verweis auf diese Schwächen bewusst eingesetzt, da eine Abbildung aller Unterschiede zu komplex wird und damit in diesem Kontext nicht hilfreich ist.

Quelle: Bericht von Jakob Rammer über die Ent-

wicklungstagung Global Inequalities vom Fr., 11. bis So., 13. November 2022 in Linz. <https://entwicklungstagung.at/global-ungleichheit-im-kontext-multipler-krise-covid19-krieg-und-gewaltverhaeltnisse/>.

Weitere Berichte erscheinen später noch bei: <https://entwicklungstagung.at/dokumentation/entwicklungstagung-2022/>

21.11.2022 Gudrun Pichler

Österreichs Soziale und Solidarische Ökonomie verschafft sich Gehör

In welcher Welt wollen wir in Zukunft leben? Und was kann die Wirtschaft zur nachhaltigen Transformation der Gesellschaft beitragen? Die Social Economy umfasst Unternehmen und Organisationen, die soziale oder ökologische Ziele verfolgen. Außerdem sind diese Betriebe und Institutionen demokratischen Grundsätzen verpflichtet, orientieren sich an Solidarität und Gemeinwohl statt an der Maximierung des finanziellen Gewinns. Die Europäische Kommission hat unter dem Titel „Wirtschaft im Dienste der Menschen“ bereits im Dezember 2021 einen Aktionsplan vorgelegt, der die Social Economy fördern und stärken soll. Damit dieser Prozess auch in Österreich Fahrt aufnimmt, vernetzen sich am 24. November 2022 an der Universität Graz alle wichtigen Vertreter:innen aus diesem Wirtschaftssektor bei der „1. Österreichischen Social Economy Konferenz“. Mit einer gemeinsamen Deklaration wollen sie auf die Bedeutung der Sozialen und Solidarischen Ökonomie in Österreich aufmerksam machen und dieser auf politischer Ebene mehr Gehör verschaffen.

Für eine bessere Welt

Sie erbringen essenzielle Leistungen der Daseinsvorsorge, im gemeinnützigen Wohnbau, für die Landwirtschaft und die regionale Entwicklung insbesondere in strukturschwachen Räumen, schaffen breiten Zugang zum Kreditwesen, entwickeln Lösungen für prekäre Arbeitsverhältnisse und agieren als Vorreiter:innen der Energiewende. Organisationen und Unternehmen der Social Economy tragen wesentlich zum Gemeinwohl bei und treiben den Wandel hin zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft und Wirtschaft voran.

„Aktuell gibt es in Europa rund 2,8 Millionen Institutionen der Social Economy, davon schätzungsweise etwa 1500 in Österreich, die insgesamt mehr als 13 Millionen Menschen beschäftigen. Das sind 6,3 Prozent der europäischen Erwerbsbevölkerung“, weiß Maria Anastasiadis vom Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Uni Graz. Sie ist eine der Autor:innen des EU-Berichts zur Lage der Social Economy in Österreich.

Die Soziale und Solidarische Ökonomie ist vielfältig. Sie umfasst gemeinnützige Vereine und Stiftungen ebenso wie Genossenschaften und Betriebe, die ihre Gewinne vorrangig reinvestieren. „Soziale und Solidarische Unterneh-

men, die innovative, nachhaltige Produkte und Dienstleistungen entwickeln, bilden einen wichtigen und wachsenden Sektor der österreichischen Wirtschaft“, unterstreicht Andreas Exner deren Bedeutung. Er forscht am RCE Graz-Styria, dem Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation der Uni Graz, und zählt mit seinem Team zu den aktivsten Forschungsgruppen auf diesem Gebiet in Österreich.

Für bessere Bedingungen

Von Politik und Öffentlichkeit werde die Social Economy hierzulande allerdings noch kaum wahrgenommen, und den Unternehmen fehle es an politischer Unterstützung. „Ihr Potenzial wird zu wenig erkannt, Finanzierungen sind oft kurzfristig und die rechtlichen Rahmenbedingungen ungünstig“, zeigt Exner notwendige Verbesserungen auf. Diese voranzutreiben, ist Ziel der von der Uni Graz und dem außeruniversitären Zentrum für Sozialwirtschaft initiierten Konferenz. „Unsere Deklaration soll die Social Economy in ihrer Vielfalt und Bedeutung für die Gesellschaft mit ihren gemeinsamen Anliegen sichtbar machen und die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen zur Umsetzung des Aktionsplans der EU in Österreich schaffen“, fasst der Ökologe und Politikwissenschaftler zusammen.

>> mehr Informationen zur „1. Österreichischen Social Economy Konferenz“ <https://se-conference.uni-graz.at/de/>

Markus Blümel mailte uns am 22.11.2022 die obenstehende Informationen. In unserer Dezember Radio-Sendung "Begegnungswege 15. Dezember 2022" wollen wir noch ein Interview mit **Markus Blümel** und **Lorenz Glatz** Sen. zu dieser Konferenz bringen.

25.11.2022 - Pressenza Wien

Orange the World-Kampagne – Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

Orange The world. Man(n) kann Gewalt an Frauen beenden.

Heute (25.11.2022) ist der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen – und somit auch der Start der Orange the World-Kampagne gegen Gewalt an Frauen 2022! <https://www.unwomen.at/unserearbeit/kampagnen/orange-the-world/orange-the-world-2020/>

Weltweit ist jede dritte Frau im Laufe ihres Lebens von physischer, psychischer und/oder sexueller Gewalt betroffen. ... wurden etwa 250 Mio. der heute lebenden Frauen vor ihrem 15. Lebensjahr verheiratet. ... wurden mindestens 200 Mio. heute lebender Mädchen und Frauen Praktiken der Genitalverstümmelung unterzogen. (Quelle UN Women)

Die Anzahl der Femizide und Gewaltdelikte gegen Frauen und Mädchen steigen stetig an und werden auch medial breit erfasst. Die Berichterstattung zeigt sich dabei je-

doch oft als verharmlosend oder besonders reißerisch.

Nach wie vor zählt Gewalt an Frauen zu einer der am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen. COVID-19 hat die Problematik weiter verschärft und verdeutlicht, dass Gewalt an Frauen eine globale Pandemie ist, der Einhalt geboten werden muss. Die UN-Kampagne "Orange The World" findet jährlich zwischen dem 25. November, dem "Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen", und dem 10. Dezember, dem "Internationalen Menschenrechtstag", statt. Weltweit erstrahlen in diesen 16 Tagen gegen Gewalt Gebäude in oranger Farbe, um ein sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Die Kampagne "Orange the World" trägt somit zur Enttabuisierung dieses Themas bei. In Österreich beteiligten sich 2021 über 250 Gebäude an der Kampagne. Auch dieses Jahr setzen wir wieder gemeinsam mit zahlreichen Partnern ein starkes Zeichen gegen Gewalt an Frauen.

Quelle: <https://www.pressenza.com/de/2022/11/orange-the-world-kampagne-internationaler-tag-zur-beseitigung-von-gewalt-gegen-frauen/>

17.10.2022 Armutskonferenz:

Ergebnisse der 4. Reichtumskonferenz

17. Oktober 2022, Wirtschaftsuniversität Wien

Ungleiche Möglichkeiten. Was tun gegen Überreichtum und Vermögenskonzentration?

Im Rahmen der 4. Reichtumskonferenz wurden Strategien, Lösungen und Ideen entwickelt, wie Überreichtum und Vermögenskonzentration verhindert werden kann. Eine wesentliche Ebene spielte dabei die rechtliche Perspektive, die von Hauptreferentin Katharina Pistor eingebracht wurde. Pistor analysiert in ihren Forschungen wie das Rechtssystem jene begünstigt und unterstützt, Kapital zu unterstützen und zu vermehren was unausweichlich zu einer wachsenden Ungleichheit führt.

300 Teilnehmer*innen diskutierten auf der Konferenz in der Wirtschaftsuniversität Wien in 11 Workshop konkrete Strategien und Ansätze zur Vermeidung von Überreichtum und Vermögenskonzentration durch integrative Wirtschaftsbildung, Beschränkung der Macht von Konzernen, mehr Gleichheit im Recht, Verbot der Spekulation mit Wohnraum, transparente Regeln für Lobbyismus uvm.

Reichtumskonferenz 2022 - Keynote Katharin Pistor: Reichtum und Ungleichheit durch Recht

Video-Link zum Vortrag von Katharina Pistor <https://www.youtube.com/watch?v=t8tAKGM4p5A>

Weitere Videos, Fotos & Materialien: <https://www.armutskonferenz.at/aktivitaeten/reichtumskonferenz-2022/ergebnisse-der-4-reichtumskonferenz.html>

Die Armutskonferenz Österreichisches Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung Herklotzgasse 21/3 1150 Wien

Telefon: 0043-(0)1-402 69 44 Email: office@armutskonferenz.at Zur Website <https://www.armutskonferenz.at/>

29.11.2022 Maria Reichl

Grundeinkommen

Zum 15. Internationale Woche des Grundeinkommens vom 19. bis 25. Sept. 2022 brachten wir in unserer Radiosendung „Begegnungswege 20. Oktober 2022“ 2 Beiträge:

Telefoninterview mit Robert Reischer

zu seinem Buch: Grundeinkommen- eine Stabile Existenzgrundlage in Zeiten prekärer Jobs und brüchiger Karrieren. Sozialstaat 4.0

Sozialstaat 4.0 ist die Antwort auf Deregulierung, Privatisierung und Globalisierung, die für Jobverlust und Sozialabbau politisch verantwortlich sind. Reparaturen und Anpassungen im bestehenden System sind möglich. Das emanzipatorische Grundeinkommen ist die Erweiterung des Systems und ein Weg zu mehr Freiheit und weniger Abhängigkeiten.

Robert Reischer, geb. 1947. Langjährige Arbeit mit Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, und die Kenntnis der Lebensgeschichten von Obdachlosen, Deliquierten, Flüchtlingskindern oder Haftentlassenen hat seine Haltung zum Thema geprägt. Neben der direkten Sozialarbeit hat er gemeinsam mit Kolleg*innen und internationalen Experten versucht, auch die sozialen Strukturen mit der Gründung eines Dachverbandes, der österreichischen Armutskonferenz und der NÖ-Wohnungssicherung zu verbessern.

Autor Reischer Robert ISBN 9783755729228 E-Book 9783755769453 boD-Nr. 13016152 Bestellung: <https://www.bod.de/buchshop/grundeinkommen-eine-stabile-existenzgrundlage-in-zeiten-prekaerer-jobs-und-bruechiger-karrieren-robort-reischer-9783755729228> .

Interview von Martin Birkner mit Sergi Raventó.

In der autonomen Region Katalonien (Spanischer Staat) steht das bisher größte, wissenschaftlich begleitete, Pilotprojekt Europas zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) vor dem Start. Im Interview mit Martin Birkner spricht Sergi Raventós, der Leiter des Organisationsbüros, über das ambitionierte und progressive Projekt, das von der katalonischen Regionalregierung finanziert wird. Dabei wird ab 2023 zwei Jahre lang an 5000 Personen ein bedingungsloses Grundeinkommen ausbezahlt. Begleitend soll dabei auch untersucht werden, wie sich ein BGE auf individueller und gesellschaftlicher Ebene auswirkt, unter anderem in Hinblick auf Armut, Gesundheit und Geschlechterverhältnisse. Sergi Raventós war am 12.10.2022 auf Einladung des Netzwerks Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt (BIEN Austria) und transform! in Wien und hat über das Pilotprojekt berichtet.

Das ganze ungeschnittene Interview veröffentlichen wir Extra im CBA <https://cba.fro.at/579698>

Aufzeichnung des Vortrages: <https://youtu.be/S8qjkSNXvFY>
Projektwebsite: https://presidencia.gencat.cat/en/ambits_d_actuacio/renda-basica-universal/index.html

Buchtipps

Neue Bücher und Materialien in unserer Bibliothek

1. VERGANGENHEIT - GEGENWART - ZUKUNFT - PHILOSOPHIE - SOZIOLOGIE

101 4973 Ulrike Guérot: **Wer schweigt, stimmt zu.** Über den Zustand unserer Zeit und darüber, wie wir leben wollen. 2022 Westend Verlag EUR 16,- ISBN 978-3-6489-359-9

102 4979 Andrea Komlosy: **Zeitenwende.** Corona, Big Data und die kybernetische Zukunft. 2022 Promedia Verlag EUR 24,- ISBN 978-3-85371-505-5

103 4983 Redaktion Tauwetter. **ZEIT.** Ein Politikum. Geschichte und Uhren, Kalender und Strukturen. 2022 Verlag Tauwetter - Franziskaner Gegen Spende ISSN 1618-0550

3. POLITISCH ARBEITEN UND ORGANISIEREN - ALTERNATIVE PROJEKTE

301 4971 Knud Cordsen: **Die Weltverbesserer.** Wieviel Aktivismus trägt unsere Gesellschaft? 2022 Aufbau Verlag EUR 20,- ISBN 978-3-351-0395-8

5. FRIEDE - KRIEG - MILITÄR - WEHRDIENSTVERWEIGERUNG - RÜSTUNG

501 4975 Thomas Roithner: **Pistole, Panzer, Pandemie.** Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU. 2022 Verlag Buchschmiede.com EUR 12,99 ISBN 978-3-99129-823-6

7. FASCHISMUS - NATIONALSOZIALISMUS - ZWEITER WELTKRIEG

701 4978 Valentin Fuchs: **Die Hinrichtung Hugo Bettauers.** Zur Aufarbeitung eines rechtsextremen politischen Attentats (1925) 2022 Promedia Verlag EUR 20,- ISBN 978-3-85371-510-9

10. MANAGEMENT - WIRTSCHAFT - ARBEIT - LANDWIRTSCHAFT

1001 4980 Helena Norberg-Hodge: **Lokal ist unsere Zukunft.** Schritte zu einer Ökonomie des Glücks. 2022 Neue Erde Verlag EUR 16,- ISBN 978-3-89060-819-8

* * * * *

IMPRESSUM:

Inhaber, Herausgeber und Redaktion: Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit, Wolfgangstr. 26, A-4820 Bad Ischl. Eigenvervielfältigung (Layout und Druck: Maria Reichl). Verlagsort: Bad Ischl.

1002 4981 Bolivar Echeverría: **Für eine alternative Moderne.** Studien zu Krise, Kultur und Mestizaje. David Graaf, Javier Sigüenza, Lukas Böckmann (Hg.) 2021 Argument/InkriT Verlag EUR 20,- ISBN 978-3-86754-111-4

11. SOZIALES - RANDGRUPPEN

1103 4974 Robert Reischer: **Grundeinkommen eine stabile Existenzgrundlage in Zeiten prekärer Jobs und brüchiger Karrieren.** Vorwort von Prof.in Barbara Preinsack, Sozialstaat 4.0. 2022 BoD - Books on Demand EUR 19,90 ISBN 978-3-7557-2922-8

13. UMWELT - NATURSCHUTZ - GENTECHNIK - NANOTECHNOLOGIE

1301 4972 Vandana Shiva: **Terra Viva.** Mein Leben für eine lebendige Erde. 2022 Neue Erde Verlag EUR 20,- ISBN 978-3-89060-829-7

16. ENERGIE - ATOMTECHNOLOGIE

1601 4976 Christoph Pfluger (Hg.): **Leeren bitte!** Die grosse Umverteilung am Energiemarkt. 2022 Verlag Zeitpunkt EUR 15,- ISBN 978-3-978-3-907263-11-2

1602 4977 Maximilian Gege (Hrsg.): **Energie sparen leicht gemacht.** Vom Heizen bis Stromsparen: Über 100 überraschende Alltagstipps. Hg. oekom eV. Maximilian Gege 2022 oekom Verlag EUR 12,- ISBN 978-3-96238-407-4

31. LITERATUR - HUMOR

3101 4982 Lutz Rathenow: **Markierungen Zärtlichkeit.** Dresdner Gedichte. 2021 Verlag Schumacher Gebler, edition petit <https://www.shop.schumachergebler.de/> EUR 16,- ISBN 978-3-941209

24.11.2022 Attac News

Historisch: EU-Parlament fordert EU-Ausstieg aus Energiecharta-Vertrag Attac: Riesiger Erfolg / Koordinierter EU-Ausstieg bietet größten Schutz vor Konzernklagen

Das EU-Parlament macht Druck für einen koordinierten Ausstieg der EU aus dem Energiecharta-Vertrag (ECT). Es fordert die Kommission und den EU-Rat in einer heute verabschiedeten Resolution (1) „nachdrücklich auf, unverzüglich den Prozess für einen koordinierten Austritt der EU aus dem Energiecharta-Vertrag einzuleiten“. Dies sei „die beste Option für die EU, um Rechtssicherheit zu erreichen und zu verhindern, dass der Vertrag die Ambitionen der EU in Bezug auf Klima und Energiesicherheit weiter gefährdet“. Das EU-Parlament begrüßte zudem den Ausstieg zahlreicher EU-Staaten und bekräftigte seine Position, dem überarbeiteten ECT die erforderliche Zustimmung zu verweigern.

Für Attac ist die heutige Entscheidung ein riesiger Erfolg und das Ergebnis jahrelanger Aufklärungsarbeit der internationalen Zivilgesellschaft. "Für die EU – aber auch für Österreich - kann es nach dieser historischen Entscheidung eigentlich nur eine Konsequenz geben. Und die lautet schnellstmöglicher Ausstieg aus diesem Klimakiller-Vertrag", erklärt Theresa Kofler von Attac Österreich. Ein koordinierter Ausstieg der EU bietet nicht nur den größten Schutz vor weiteren Konzernklagen gegen die Energiewende. Er erleichtert es den EU-Staaten auch, die weitere Geltungsdauer des Vertrages für 20 Jahre außer Kraft zu setzen. (2)

Der ECT ermöglicht es fossilen Konzernen (3), Staaten vor internationalen Schiedsgerichten für neue Gesetze zum Klimaschutz auf Schadensersatz zu verklagen, wenn diese ihre Profite bedrohen. Der Vertrag engt damit den demokratischen Handlungsspielraum für mehr Klimaschutz ein und gefährdet die Energiewende.

Die EU hat in jahrelangen Verhandlungen versucht, den ECT mit den Pariser Klimazielen in Einklang zu bringen. Dies ist jedoch nicht gelungen (4). Italien, Polen, Spanien, die Niederlande, Frankreich, Slowenien, Luxemburg und Deutschland haben daher den Ausstieg aus dem Vertrag bereits angekündigt oder vollzogen. Bereits am 18.11. gab es im EU-Rat keine qualifizierte Mehrheit für eine EU-Zustimmung zum überarbeiteten Vertrag.

Fußnoten:

(1) Joint motion for a resolution - RC-B9-0498/2022
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2022-0498_EN.html

(2) <https://www.iisd.org/itn/en/2021/06/24/energy-charter-treaty-reform-why-withdrawal-is-an-option/>

(3) <https://www.attac.at/kampagnen/klimakiller-energiecharta-vertrag/beispiele-fuer-konzernklagen-gegen-klimaschutz>

(4) <https://www.attac.at/news/details/neuer-energiecharta-vertrag-bleibt-unvereinbar-mit-pariser-klimaabkommen>
Vorankündigung

24.11.2022, 14:17 | OTS0164 | Anti Atom Komitee

Mit vereinten Kräften gegen small nuclear reactors (SMR) in Tschechien

Nationalräte und NGOs aus dem Mühl- und Waldviertel gemeinsam – Entschließungsantrag im Parlament

(Freistadt/OTS) - Nachdem bekannt wurde, dass der staatliche Energieversorger CEZ bis 2032 die Errichtung von kleinen modularen Reaktoren, von „Small Modular Reactors“ (SMRs), oder auch „Mini-AKWs“ plant, haben Martin Litschauer, Nationalrat aus dem Waldviertel, und Johanna Jachs, Nationalrätin aus dem Mühlviertel einen gemeinsamen Entschließungsantrag im Parlament eingebracht,

dass sich Bundesregierung, Außen- und Umweltministerin gegen diese Pläne mit allen rechtlichen Mitteln einsetzen sollen. Dieser Entschließungsantrag wird auch von Julia Herr, SPÖ, von Renate Brandner-Weiß, vom Waldviertler Energiestammtisch und Manfred Doppler vom Anti Atom Komitee in Freistadt unterstützt.

Es ist mir wichtig, dass wir, wie vor über 20 Jahren wieder gemeinsam gegen die atomare Bedrohung in Tschechien vorgehen und freue mich, dass die NGOs im Wald- und dem Mühlviertel gut vernetzt sind und wir hier gemeinsam auftreten. Neue Atomkraftwerke werden unser Klima nicht retten, dafür können sie nicht schnell genug gebaut werden, aber sie produzieren noch mehr Atom Müll und schon gar nicht möchte ich neue Experiment-Reaktoren unweit unserer Grenze“, so Martin Litschauer der Anti-Atomsprecher der Grünen.

Johanna Jachs, Nationalrätin der ÖVP stellt klar: „Als Mitglied im Vorstand des Anti Atom Komitees und vor allem als junge Mutter setze ich mich mit aller Vehemenz gegen den Ausbau von Atomreaktoren ein, denn bei Atomkraft kommt es nicht auf die Größe an. Ob Neubau von Mini-AKWs oder Ausbau bestehender Kraftwerke: es gilt ein klares Nein, denn Atomkraft ist keine Zukunftstechnologie!“

Der Atomlobby ist bewusst, dass Atomkraft weltweit keine Zukunft hat, und so versuchen die Befürworter, diese Small Modular Reactors (SMR) als neue Errungenschaft zu präsentieren.

„Aber diese Reaktoren sind weder neu, noch klein oder sicherer und über die Kosten gibt es keinerlei Erfahrungen, weil weltweit noch kein einziger realisiert wurde“, erklärt Manfred Doppler vom Anti Atom Komitee. Im Gegenteil, durch die Reduktion der Leistung der Reaktoren, werden wesentlich mehr Anlagen benötigt, die aber die gleichen Sicherheitsrisiken aufweisen wie große Reaktoren, das Gefahrenpotential also massiv erhöht wird.

Renate Brandner-Weiß ergänzt: „Als Sprecherin des Waldviertler Energiestammtisches begrüße ich den überparteilichen Entschließungsantrag und in diesem Zusammenhang sind zwei Dinge ganz wesentlich: Erstens der Bund, alle 9 Bundesländer und alle 2.093 Gemeinden müssen sich klar sein, dass alle aktiv werden müssen, um die österreichische Energieunabhängigkeit voranzubringen durch Sparen, mehr Effizienz und mehr erneuerbare Energie. Und zweitens NGOs und Politik müssen gemeinsam aufzeigen, dass es nicht nur um das Risiko der Verstrahlung an sehr vielen Standorten geht, sondern auch um die immens hohen volkswirtschaftlichen Kosten, die die tschechische Bevölkerung jetzt und in Zukunft tragen muss, wenn diese Nuklearpläne weiter betrieben und gleichzeitig die Option einer erneuerbaren Energieversorgung in Tschechien vernachlässigt wird.

„Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Entwicklung mit Argusaugen zu beobachten und die österreichische Position klar zu deponieren. Daher ist auch die enge Zusammenarbeit zwischen Politik und NGOs so wichtig“, so Manfred Doppler abschließend.

Rückfragehinweis: Anti Atom Komitee: DI Manfred Doppler +43 (0)664 45 05 015

Sozialdienst statt Wehrpflicht

Mit 60 Ja- und vier Neinstimmen billigte der kolumbianische Senat die Abschaffung des obligatorischen Militärdienstes. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit eines Sozialen Friedensdienstes von 138 Stimmberechtigten befürwortet, während es 19 Gegenstimmen gab. Die Stimmen gegen die Initiative kamen hauptsächlich von Mitgliedern der Opposition wie dem rechten Demokratischen Zentrum.

Seit mehreren Jahren, vor allem in der vorangegangenen Legislaturperiode, hatten Kongressabgeordnete wie Iván Cepeda auf einen umfassenden Übergang Kolumbiens zum Frieden bestanden und daher diese Initiative vorgestellt. Sie blieb jedoch ohne Erfolg, da mehrere Ausschüsse sowohl im Senat als auch im Abgeordnetenhaus von Anhänger*innen des Uribismus kontrolliert wurden. Der Uribismus ist eine kolumbianische politische Strömung, die auf der Ideologie des rechten Ex-Präsidenten Álvaro Uribe Vélez basiert und Elemente des Populismus, rechter Politik und in einigen Fällen ökonomischen Protektionismus beinhaltet.

„Totaler Frieden“

Die Initiative des „totalen Friedens“ macht den Weg frei für den kolumbianischen Hochkommissar für den Frieden, Danilo Rueda, der diese landesweite Strategie verfolgt. Nach ihrer Unterzeichnung durch den Präsidenten und einem Vermittlungsverfahren kann sie den formellen Beginn der Friedensgespräche mit der Guerillaorganisation ELN bedeuten. Diese hat, wie weitere bewaffnete Gruppen, ihre Absicht bekundet, sich den Friedensbemühungen Kolumbiens anzuschließen.

Im Zuge des Sozialen Friedensdienstes können junge Kolumbianer*innen zwischen verschiedenen Möglichkeiten wählen, darunter auch dem Wehrdienst. Diese Möglichkeit wird seit Jahrzehnten von Menschenrechtsorganisationen und Kriegsdienstverweigerern gefordert.

Der Originalartikel kann hier besucht werden <https://www.npla.de/thema/tagespolitik/sozialdienst-statt-wehrpflicht/>

Quelle: <https://www.pressenza.com/de/2022/11/sozialdienst-statt-wehrpflicht/>

Der Pressedienst poonal veröffentlicht aktuelle Meldungen und Hintergrundberichte aus Lateinamerika in deutscher Sprache. Seit 1991 macht poonal zugänglich, was lateinamerikanische Autor*innen und Agenturen über politische Bewegungen, soziale, kulturelle und ökonomische Kämpfe bzw. Emanzipationsprozesse in Lateinamerika schreiben. Der Pressedienst arbeitet mit derzeit 20 alternativen Nachrichtenagenturen in Lateinamerika zusammen.

29.11.2022 Maria Reichl

Zum 20. Todestag von Ivan Illich

In unserer Radiosendung „Begegnungswege 17. Nov. 2022,“ spricht Matthias über seine freundschaftliche Begegnungen mit Ivan Illich und empfiehlt seine Bücher siehe dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Ivan_Illich

Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit: 177. Rundbrief (4/2022) 46.Jhg.

Wer war ... Ivan Illich?

Er war einer der radikalsten Kulturkritiker: Ivan Illich. Zentrale Institutionen unserer modernen Gesellschaft – von der Schule über Spitäler bis zur Autobahn – verstand er in ihrer Definition und Ausrichtung als fragwürdige Mythen der Befreiung. Verschultes Lernen stellte für ihn etwa das Gegenteil von Emanzipation dar.

Über die Zerstörung der Umwelt schrieb er: „Ich glaube, dass eine erstrebenswerte Zukunft davon abhängt, dass wir im Leben ganz bewusst dem Tun vor dem Verbrauchen den Vorzug geben.“

Geboren 1926 in Wien, musste er 1941 vor den Nazis nach Italien fliehen, wo er zuerst Chemie und Geschichte, dann Theologie in Florenz und Rom studierte. In den 1950er Jahren zog er nach New York und lernte als Armenpriester das Elend der puerto-ricanischen Bevölkerung kennen.

Es folgten zwei Jahrzehnte in Puerto Rico und Mexico. 1960 gründete Illich seine, wie er sie nannte, „Denkerei“, aus der das internationale Forschungs- und Dokumentationszentrum CIDOC in Cuernavaca, Mexiko, wurde. Von der Kirche wandte er sich ab und lehrte an Universitäten in aller Welt. Vor 20 Jahren, am 2. Dezember 2002, starb er in Bremen.

Quelle: südwind magazin 2022/Nov-Dez

<https://www.suedwind-magazin.at/magazin/202206>
<https://www.suedwind-magazin.at/wer-war-ivan-illich/>

TERMINE ÖSTERREICH

DEZEMBER 2022

7.12.2022 16:00 LINZ Ecke Landstraße/Harrachstraße: Mahnwache: "Klimagerechtigkeit braucht Frieden - Frieden braucht Klimagerechtigkeit!" Kooperation statt Konfrontation! Völkerrecht statt Faustrecht! Abrüstung statt Aufrüstung! (Weitere Termine und Hinweise unter www.solidarwerkstatt.at)

7.12.2022 20:00 SALZBURG ORF Landesstudio (Hellbrunner Str.): Afrofuturismus: "Zukunft als Widerstand" Landespreis für Zukunftsforschung für Peggy Piesche (Anmeldung: <https://jungk-bibliothek.org/mranmeldung/>)

MÄRZ 2023

1. - 5.3.2023 GRAZ Elevate Festival (Infos: <https://elevate.at/>)

07.3.2023 GRAZ Orpheum Konzert/ Theater Programm Pippo Pollina mit Konstantin Wecker "Der Andere" Infos und Karten: INFO@PIPPOLLINA.COM

8.3.2023 WIEN Konzerthaus Konzert/ Theater Programm Pippo Pollina mit Konstantin Wecker "Der Andere" Infos und Karten: INFO@PIPPOLLINA.COM

11. 3. 2023 Bad Ischl: Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit Generalversammlung. Anmeldung Tel 06132-24590 oder email maria@begegnungszentrum.at

TERMINE DEUTSCHLAND

MÄRZ 2023

5.3. 2023 KÖLN E-Werk: Konzert/ Theater Programm
Pippo Pollina mit Konstantin Wecker "Der Andere" Infos und
Karten: INFO@PIPOPOLINA.COM

**Die Terminübersicht wurde von uns zu eurer
Information zusammengestellt.**

Bitte richtet eure Anfragen und Anmeldungen an die in
Klammer nach dem Termin angegebenen Organisationen.

Aktuelle Ergänzungen:
www.begegnungszentrum.at/archiv/

Zahlungserinnerung 2022

Wenn bei eurer Adresse nicht 2022 steht, gilt dies als
Erinnerung dass ihr mit dem Einzahlen in Verzug seid. Bei
den gedruckten Rundbriefen steht bei der Adresse das Jahr
in welchem ihr das letzte Mal bezahlt habt.

Auch für die digitale Arbeit entstehen uns Kosten.
Wir bitten euch dringend selber zu überprüfen ob ihr euren
Mitgliedsbeitrag oder Kostenbeitrag für heuer schon
überwiesen habt

Wir danken für jede Unterstützung. M. und M. Reichl

"Begegnungswege"

**Radiosendungen im Freien Radio Salzkammergut
(FRS) jeden 3. Donnerstag im Monat
von 19:00 – 20:00 mit Wiederholung am
darauf folgenden Freitag von 10:00 - 11:00**

Wir sind zu hören auf den Frequenzen:

89,6 MHz Wolfgangseeregion
94,0 MHz Pfandl, Haiden, Strobl
100,2 MHz Bad Ischl,
Bad Goisern
104,2 MHz Ausseerland
105,9 MHz Obertraun,
Hallstatt
106,0 MHz Ebensee
107,3 MHz Gmunden,
Vöcklabruck
107,5 MHz Gosautal, Rußbach



**Weltweit im Livestream <https://freiesradio.at/live-stream/>
<https://freiesradio.at/sendungen/begegnungswege/>**

Die Sendungen 20. Oktober 2022 und 17. November 2022
und das "Grundeinkommen Interview von Martin
Birkner mit Sergi Raventós" haben wir wieder auf der
CBA-Homepage <https://cba.fro.at> gespeichert.

Übersicht aller veröffentlichten Beiträge der „Begegnungswege“:
<https://cba.fro.at/podcast/begegnungswege>

Ihr könnt diese Sendung auch als Podcast abonnieren bei
<https://cba.fro.at/begegnungswege/feed>
oder direkt anhören über den OnDemand Player [https://
cba.fro.at/ondemand?series_id=262703](https://cba.fro.at/ondemand?series_id=262703)

[E-rundbrief] Infos Sept. bis Nov.. 2022

Info 2194 - Termine September 2022 Ergänzungen
Info 2195 - Link zum 176. Rundbrief (3/2022) als PDF
Info 2196 - Einleitung und Inhalt sowie Link zum 176.
Rundbrief (3/2022) als PDF

Info 2197 - Alternative Nobelpreisträger 2022
Info 2198, 2202 - Radiosendungen Begegnungswege
Info 2199 - Anti-Atom-Kundgebung, Wien, 26.10.2022
Info 2200 - E-Rb UN-GV gegen Atomwaffen in Nahost
Info 20212201- UN Climate Conference 2022 - Via
Campesina Kritik

Info 2203 - Orange the World-Kampagne – Internationaler
Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

www.begegnungszentrum.at/archiv

<https://lists.horus.com/pipermail/e-rundbrief/>

Ihr könnt den **E-Rundbrief** auch direkt **Online-abonnieren**
bei folgendem Link

<https://lists.horus.com/mailman/listinfo/e-rundbrief>

Aus dem Inhalt

Seite

- 1 Adr. - Konto Nr. - Mitgliedsbeiträge - Einleitung
Maria
- 2 Einleitung Matthias - Die Erde brennt - Vorankündigung
Generalversammlung
- 3 Right Livelihood Award 2022 - Jakob Rammer: Globaler
Ungleichheit im Kontext multipler Krisen
- 5 Gudrun Pichler: Österreichs Soziale und Solidarische
Ökonomie ... - Pressenza Wien: Orange the World
- 6 Armutskonferenz: Ergebnisse der 4. Reichtumskonferenz -
Grundeinkommen
- 7 Buchtipps - Impressum - Attac News: EU-Parlament
fordert EU-Ausstieg aus Energiecharta - Vertrag
- 8 Anti Atom Komitee: mit vereinten Kräften gegen
small nuclear reactors (SMR) in Tschechien
- 9 Poonal: Sozialdienst statt Wehrpflicht - Maria Reichl:
Zum 20. Todestag von Ivan Illich- Christine Trager:
Wer war...Ivan Illich? - Termine

Achtung ! Neu ab 2022

Wer diesen Rundbrief und die folgenden in gedruckter Form
erhalten will soll uns dieses, telefonisch 06132-24590 oder
per mail an maria@begegnungszentrum.at, mitteilen!

Diesen Rundbrief speichern wir sonst nur als PDF bei den
"PDF-Rundbriefe" in unserer Homepage. Wer über das Er-
scheinen der nächsten PDF-Rundbriefe informiert werden
will, kann sich bei der "Mailingliste [Begegnungszentrum]"
in unserer Homepage www.begegnungszentrum.at oder bei
<https://lists.horus.com/mailman/listinfo/begegnungszentrum>
selber direkt eintragen.

Maria Reichl